

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungsabnehmern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostfachsen
Beilagen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Abonnementpreis für den Monat (bei Haus 2 RM, halbjährlich 10 RM); durch die Post bezogen monatlich 2 RM (ohne Aufstellungsgeld) / Verlag: "Arbeiterstimme", Dresden-2 / Geschäftsstelle und Expedition: Gutenbergstraße 2 / Fernsprechnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 13555, Emil Schlegel-Str. 10 / Druckerei: "Arbeiterstimme", Dresden-2 / Druckmaschinen: "Arbeiterstimme", Dresden-2 / Druckstunden der Redaktion: Dienstags 4-6 Uhr (außer Dienstags u. Donnerstags)

2. Jahrgang Dresden, Sonnabend den 10. April 1926 Nummer 83

Die nationallistischen Gauner Die Hauptschuldigen sind nicht getroffen!

R.R. Der Dresdner Volksopferprozeß hat wieder einmal einen Einblick in das Treiben der „nationalen“ Schichten gewährt. Die Enthüllungen über die Gememorde, die in den letzten Wochen in weit über einem Dutzend Fällen erfolgten, zeigten schon das Lumpengefühl in seiner schändlichen Form. Von diesen notorischen Verbrechern bestanden bis zur Deutschnationalen Volkspartei und der Deutschen Volkspartei die engsten Verbindungen. Die nationalen Helden Sachsens, jener Reichskommissar der Volkspartei, der Sachse 1923 kommissarisch verwaltete, Dr. Feine, stand in engster Verbindung und Führung mit dem Meißner und Köppler, dem „Nationalen Klub“, dessen Einrichtung 7000 Mark Volksopfergeldes verschlang. Das Gericht hat die weinerlichen, nationalen Helden auf drei und vier Jahre ins Gefängnis geschickt, und die „Leipziger Neuesten“ mühen sich ab, diese Verurteilung zum Beweis für die Objektivität der Gerichte in Deutschland auszunutzen. Die „L. N. N.“ schreiben: „Die von links so viel angepöbelte „Klassenjustiz“ hat wieder einmal bewiesen, daß sie das schmerzschärfste Instrument der Gerechtigkeit ohne der Person gebraucht.“ Diese Bemerkung der Leipziger Neuesten Nachrichten ist wirklich kindisch und unverschämlich. Einmal kennt die gesamte Arbeiterklasse die Klassenjustiz nur zu Genüge. Zweitens hat sie in Berlin im sogenannten kleinen Barmarkprozeß die Kufmann und Koll, zwei Meißner, die Aktien entwenden und veräußern wollten, freigesprochen. Aber bleiben wir beim Volksopferprozeß. Das Gericht hat alles getan, um den wahren Sachverhalt nicht zu untersuchen. Um die und sagen wir es lieber nicht, die Oberaufsicht der Kontrolle des Landesauschusses, der Selbstregierung, zu verdecken, wurde auf das Verderben der Köppler und Meißner in den Vordergrund geschoben. Daß man mit den angeblich für die Kostenden gesammelten Geldern Bordbuchrechnungen angefertigt hätte, ist ein Skandal, aber die ungeheuren Ausgaben der Gelder für die „nationalen“ Organisationen, die für und freiesprechen dürfen doch auf die lange Zeit nicht ohne die Zustimmung oder stillschweigende Duldung der verantwortlichen Personen geblieben sein. Das zu untersuchen, hat das Gericht angestrebt vermieden. Wurde doch im Prozeß nicht erwähnt, daß schon vor Monaten eine Sitzung des Landesauschusses stattgefunden, in der man die Riesensumme feststellte, jedoch im Interesse der „nationalen“ Partei keine Anzeige erstattet hatte. Die Bemerkungen der Leipziger Neuesten, die „nationalistischen“ Verbände nicht zu untersuchen, sind deswegen ein verächtlicher Versuch der Hochverrat. Festgestellt wurde im Prozeß, daß auch der jetzt verurteilte General Müller um die Dinge gewußt, er hat aber stillschweigend gefordert. Die Wünsche der Partei soll man bekanntlich ehren, so hat denn auch das Gericht den Wunsch des Toten geachtet und ist um diese Seite herumgegangen. So können sich denn die „Dresdner Neuesten Nachrichten“ den Blick erlauben, in einem Artikel zu schreiben: „Der aufrichtige, glatte General Müller, der bekanntlich weniger mit Kanonen und Gewehren, als mit parlamentarischen die Ruhe und Ordnung in Sachsen zu beschaffen beabsichtigt war, hatte sich mit Liebe der Sache der Nation angenommen und sich mit einer gewissen patriotischen Energie an die Spitze der Bewegung gesetzt. Die zur Gründung des Volksopfers führte.“ Gegen die Absentismus und Heuchelei ist kein Kraut gewachsen. Aber warum schreibt Theodor Scholz nichts über das weitere Verhalten Müllers im Volksopfer? Meißner erklärte, daß Müllers dort sehr intensiv tätig gewesen. Ganz klar, das heißt, daß die bürgerliche Presse haben alles Interesse daran, die Besinnlichkeit ihrer defekteren Klasse zu verdecken. Es gilt für sie eben, alles nur auf die zwei Verurteilten abzuwälzen. Wenn die Leipziger Neuesten Nachrichten schreiben, daß es keine Klasse gebe, die solche Korruptionen betreiben könne, dann sind sie eben im Irrtum. Die „L. N. N.“ führen die Korruption in der Sozialdemokratischen Partei und einige Unterschlagungsfälle in Kurland als Gegenbeispiele an. Wir haben keinen Grund, abzulassen, die Führerschaft der SPD ist zum guten Teil korrupt, aber entstanden ist diese Korruption dadurch, daß diese Führerschaft auf die Seite der bürgerlichen Gesellschaft gegangen ist. Und in Kurland? Der russische Arbeiter- und Bauernkrieg trägt noch schwer an dem Erbe des Absentismus und seinem Kampf mit den ihn umgebenden bürgerlichen Staaten. Einige Korruptionsercheinungen, die dort alle auftraten, sind Erben des Kapitals oder Folgen des notwendigen Zusammenwirkens mit dem Kapital. In den in Deutschland aber immer erneut an die Oberfläche tretenden Korruptionsskandalen, in den Gemeindefiskalverbrechen und dem Volksopferprozeß, da zeigt sich, daß diese Korruption das Lebenselixier der unteren bürgerlichen Gesellschaft ist. Das können alle Arbeiter und Bauern sehen. Andere Prozesse wird die bürgerliche Gesellschaft wohl überhaupt nicht führen. Die Korruption ist ein Gift, das eine Aufgabe der Arbeiterklasse ist. Und es ist es, die Ursache von diesem Skandal

zu reihen und der Arbeiterschaft das Spiegelbild der Gesellschaft zu zeigen. Heute gilt es, ein wenig in diesen Prozeß hineinzuforschen. Ueber das Wesen der bürgerlichen Wohlfahrtspflege, das zur Genüge enthüllt wurde, brauchen wir kein Wort mehr zu verlieren. Wir fragen aber: Weshalb hat man den Arbeitsminister und den Finanzminister nicht vernommen? Am 14. Januar wurde im Sächsischen Landtag eine Anfrage der Kommunistischen Partei verhandelt. Damals erklärte die Regierung, daß ihr von den Unterschlagungen nichts bekannt gewesen, erst der verurteilte Bismarckoffizier habe dann einen Fehlbetrag von 86 000 Mark festgestellt. Dr. Dehne, der damals angefragt wurde, behauptete, auch nichts davon zu wissen. Als Mitglied des Landesauschusses habe er nur an einer Sitzung teilgenommen. Die Unterschlagungen gingen aber monatlang, bis die Spähen über die Saugelänge der Köppler-Meißner und Konsorten von den Tätern piffen. Im Prozeß wurde festgestellt, daß am 11. Juni 1925 eine Sitzung des Landesauschusses stattfand, an der auch der Ministerialdirektor Müller (ein Sozialdemokrat) teilnahm. Hier wurde der Fehlbetrag von 50 000 Mark festgestellt, jedoch Vertuschung beschlossen. Bis Januar konnte Meißner noch Geldschützhüter bleiben. Aber im Januar erklärte die Regierung, sie habe nichts gemerkt. Wir glauben nicht, daß Ministerialdirektor Müller seiner vorgelegten Behörde über den Verlauf der Sitzung des Landesauschusses nichts mitgeteilt hat. Dann aber hat die Regierung dem Landtag auf die Anfrage der Kommunisten wissentlich die Unwahrheit gesagt. Die Selbstregierung hat dann den Volksopferprozeß der wälschen Verbände gebildet. Auf die Unzufriedenheit der Selbstregierung, gehören die Mitglieder des Landesauschusses wegen Begünstigung. Wenn das Gericht den Prozeß so geführt hätte, dann hätte die Öffentlichkeit auch wohl ein wenig mehr über die „nationalen Bewegungen“ der Ausgaben erfahren, aber das ist gerade, was man verschweigen mußte. Dann aber ist das Gericht über andere Befanntgabe des beschuldigten Mordanschlags mit dem Schweigen des Philologen hinweggegangen. Hier, hätte man eine Untersuchung eingeleitet, wäre ein weiterer Dampf gelüftet worden. Vielleicht ist man nicht darauf eingegangen, weil in anderen Angaben sich ein Druckfehler eingeschlichen, weil 1924 statt 1925 gelehrt war. Nach dieser Seite wollen wir das Gericht beruhigen, es handelt sich um eine Sitzung vom Mai 1925. Wir bringen an anderer Stelle nochmals eine Darstellung. Aber das Gericht war kein Klagengericht, gewiß nicht, es verurteilte zwei Lumpen, um diese über die Hintermänner zu reden, das schmerzschärfste Schwert der Gerechtigkeit.“ In den Augen der Arbeiter ist nach dem Verlauf des Prozesses auch das Gericht gerichtet. Gerichtet ist der gesamte nationale Klüngel. Gerichtet ist die Regierung selbst, die um die Dinge wissen mußte. Im übrigen ist das letzte Wort über den Skandal noch nicht gesprochen.

Kabinettsrat zur Sabotage des Volksentscheids

Berlin, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Das Reichskabinettsrat wird in den nächsten Tagen eine Sitzung abhalten, in der über die Frage der Fürstenabfindung Beschluß gefaßt werden soll. Es soll dann die Zeit besprochen werden, wie man den Kompromißgeheimnissen vor die Verhandlung des Volksentscheids getriebenen Geheimnissen über die entschädigungslose Enteignung schieben könne. Diese Sitzung des Reichskabinettsrat soll die Methoden festlegen, mit denen die Luther-Regierung ihre verstärkte Sabotage des Volksentscheides weiter betreiben wird. Auch der Rechtsausschuß des Reichstages wird am 20. April seine Beratungen über die Fürstenabfindung aufnehmen. Die Veröffentlichung des Volksbegehrens ist am Sonntag zu erwarten.

Der Kampf der englischen Bergarbeiter

London, 10. April. (Eig. Drahtbericht.) In der gestern stattgefundenen Delegiertenversammlung der Bergarbeiter, die in Kingsweathall unter dem Vorsitz von Herbert Smith stattfand und an der 500 Delegierte teilnahmen, wurde auf Antrag des Vorsitzenden einstimmig beschlossen, den Distriktskonferenzen, die statutenmäßig die formelle Entscheidung zu treffen haben, eine Resolution zu empfehlen, die folgende Punkte enthält: Einer Verlängerung der Arbeitszeit wird nicht zugestimmt, die Bergarbeiter werden keiner Herabsetzung der Löhne zustimmen, keine distriktsmäßigen Vereinbarungen, sondern nationale Vereinbarungen. Die Ablehnung der Vorschläge der Kohlenkommission durch die Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter bedeutet eine Verschärfung der Situation des englischen Bergbau. Die Lage ist außerordentlich ernst. Mit dem Ausbruch des Krieskampfes der Bergarbeiter muß nach wie vor gerechnet werden.

Der ADGB und der 1. Mai

Berlin, 8. April. (Eig. Drahtbericht.) Der „Borowik“ veröffentlicht in seiner Abendausgabe einen Aufruf des ADGB und des KdGB zur Demonstration am 1. Mai. Als Losungen werden angegeben: „Welcher Arbeiter, gegen Militarismus und Krieg.“ Der Aufruf unterscheidet sich von dem des Internationalen Gewerkschaftsbundes in Amsterdam dadurch, daß die Bestimmung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch auch nicht einmal mit einem Satz erwähnt wird. Dagegen fordert dieser deutsche Aufruf, die Erhaltung der demokratischen Republik in unserem Vaterland. Er verurteilt auch, die einseitigen wuchtigen Demonstrationen, wie sie im Internationalen Aufruf wenigstens in Worten gefordert werden, durch folgende Sätze zu sabotieren: „Die Art der britischen Demonstrationen kann von zentraler Stelle aus nicht vorgeschrieben werden. Die Ortsausschüsse des ADGB und die Ortsstellen des KdGB müssen mit den Ortsvereinigungen der angeschlossenen Verbände nach der zweckmäßigsten und wuchtigsten Form handeln. Ob die Absichtnahme möglich ist, muß dabei besonders genau geprüft werden.“

Auslandswochenchau

Von Artur Rosenberg

Rußlands Abgabe an die Abrüstungskommission — Einige „Abwicklungs“-Fragen — Der Weisgardienkongreß in Paris — Wahlen in Belgien — Deutschnationalistische Wahlen — Russische Offensiven — Krisen in Ägypten und auf dem Balkan
Tschingherins Abgabe an die Abrüstungskonferenz des Völkerbundes konnte niemand übersehen. Wenn die bürgerlichen Regierungen gemeinsam mit Sowjetrußland über Abrüstung sprechen wollten, so war dies leicht zu erreichen. Entweder man berief die Konferenz außerhalb der Schweiz ein, oder man nutzte die Schweizer Regierung, Sowjetrußland das Bittendekret von der Einberufung seiner diplomatischen Vertreter zu geben. Doch ist es einleuchtend, wie der Weisgardienkongreß auf Schweizer Boden den Verfassungen widerspricht. Die Entsendung von Wladimir Wladimiroff nach London, der Vorsitzende der Abrüstungskonferenz, als Diplomaten schickte, war ein Verstoß gegen die Schweizer Regierung nicht einmal die Entsendung von Wladimiroff bedauert. Die unerschämte Haltung der Schweizer Wladimiroff ist selbstverständlich von London aus bekannt. Die Schweizer Regierung der Geheimnisse und Kollaboration ist von altem her bekannt. So kann auch jetzt Herr Chamberlain nicht seinen Schweizerern machen was er will. Der Zweck des Rußlands ist nur zu durchsichtig. Sowjetrußland soll vor den Weltmächten als Abrüstung eingestuft werden. Die russischen Offensiven sind der „Borowik“ stimmte bereits in die Reihe ein.

Die englische regierende Klasse denkt keinen Augenblick an wirkliche Abrüstung. Bekanntlich war das Eingehändeln eines englischen Regierungsoberleiters in Lüttich, daß die Völkerbundskonferenz sich hoffentlich im September 1927 (11) mit der Abrüstung beschäftigen würde. So eilig haben es die großen Friedensapostel, Englands Militärangewandten belaufen sich in diesem Jahre auf 120 Millionen Pfund Sterling (24 Milliarden Goldmark). Obwohl England auf Grund des Washingtoner Abkommens eine Einschränkung seiner Flotte vornahm, hat es zuerlet immer noch 140 Kriegsschiffe, die amerikanische Kriegsschiffe hat jedoch die Engländer schon überflügelt. Der triebliche Coolidge bezieht eine Flotte von 543 Kriegsschiffen. Die 1000 Kriegsschiffe der beiden angelsächsischen Weltmächte sind der lebendige bürgerliche Pazifismus von heute. Wenn es noch dem Willen der englischen Regierung geht, soll die kommende Abrüstungskonferenz des Völkerbundes die Kreuzungstimmung gegen Sowjetrußland nicht verlassen. Es ist kein Zufall, daß gerade in den letzten Tagen der Konferenz aller russischen Weisgardisten in Paris stattfand. Man fragt sich dabei vor allem: Wer bezahlt die Herren? Die englische Regierungspresse zeigt so viel liebliche Sympathie für den Pariser Kongreß, daß sich damit die Frage nach dem Geldgeber von selbst beantwortet.
Chamberlains Pläne haben indessen zwei große Hindernisse. Erstens vor allem die wachsende Widerstandskraft des internationalen Proletariats. Mit wachsender Fernwärde perspektiviert die englische Bourgeoisie die Entfaltung des Kommunismus in allen Ländern. Die „Times“ handeln jetzt einen langen Bericht über unseren Jugendtag in Zürich aus und philosophieren über die russische Revolution der Erweiterten Revolution. Der Kongreß der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands in